

## Wer bezahlt Saddams Schulden?

**Das despotische Regime Saddam Husseins hinterlässt nicht nur eine verarmte Bevölkerung und ein ausgebeutetes Land, es hat auch eine enorme Auslandverschuldung angehäuft. Die USA fordern die Streichung der Irak-Schulden und nehmen dabei die Argumentationen der Debatte über illegitime Schulden (odious debts) auf.**

### Lis Füglistler

Auf 127 Milliarden US-Dollar soll sich laut dem Washingtoner „Center for Strategic and International Studies“ (CSIS) die irakische Auslandsschuld bis heute belaufen, mehr als ein Drittel davon (47 Mia.) sind aufgelaufene Zinsen, deren Rückzahlung der Irak 1991 eingestellt hat. Neben den 57 Mia. aus bestehenden Verträgen kommen noch 199 Mia. aus den bis heute entschiedenen Urteilen zu Reparationsforderungen von Kriegsgeschädigten aus dem Golfkrieg von 1991 hinzu. Über die Forderungen von Regierungen, Firmen und internationalen Organisationen muss erst noch entschieden werden, was die Auslandverschuldung zusätzlich um mehr als 100 Mia. in die Höhe treiben könnte. Zusammengezählt beläuft sich die Auslandverschuldung Iraks bis heute auf 383 Milliarden Dollar, was trotz den erwarteten Einnahmen aus dem Ölgeschäft einem Vielfachen des Bruttoinlandsprodukts (BIP) entspricht.

Wie soll mit dieser für die irakische Bevölkerung erdrückenden Schuldenlast umgegangen werden? Die Meinungen dazu gehen auseinander. Der deutsche Finanzminister Eichel meint, dass der Irak mit seinen Erdölvorkommen ein potentiell reiches Land sei und daher für seine Schulden aufkommen müsse. US-Verteidigungsminister Wolfowitz hingegen weist darauf hin, dass es unmoralisch sei, die irakische Bevölkerung für diese Schulden, zur Verantwortung zu ziehen, da diese Gelder den Unterdrückungsapparat des Regimes unterstützten. Wolfowitz argumentiert also mit Kriterien aus der Odious-Debts-Debatte (fpi 2/03).

Das Seco bezifferte im April 2003 die irakischen Schulden bei Schweizer Maschinen- und Baufirmen auf 300 Millionen Franken. Über die vom Bund vergebenen Exportrisikogarantien hat dieser sich verpflichtet, das Risiko für diese Geschäfte zu tragen. Ob die Schweiz bereit ist, ihre Schulden zu Gunsten des Wiederaufbaus im Irak zu streichen – wie dies die USA fordern – ist noch nicht definitiv entschieden. Das Seco ist nicht bereit, eine eigene Haltung einzunehmen und verweist darauf, dass dieser Entscheid im Pariser Club (der Vereinigung der wichtigsten Gläubigerländer) gefällt werden müsse.

Der grösste Teil des geliehenen Geldes wurde vom irakischen Regime für den Kauf von Waffen, zur Unterdrückung der Bevölkerung, und zur persönlichen Bereicherung Saddams und seiner Entourage verwendet. Diese "Odious Debts" sind nicht Schulden des Staates, sondern des ehemaligen Regimes. Sie müssen daher als illegitim, und die Forderungen gegenüber dem irakischen Staat als hinfällig beurteilt werden.

Patricia Adams von „Probe International“, einer kanadischen NGO, schlägt zur Lösung des irakischen Schuldenproblems die Ernennung eines unabhängigen internationalen ExpertInnenengremiums vor, das alle an das irakische Regime vergebenen Kredite überprüfen soll. Dabei müssten alle Gläubiger ihre Ansprüche öffentlich geltend machen und die Legitimität ihrer Kredite nachweisen. Die neue irakische Regierung sollte die Bedienung des Schuldendienstes aus illegitimen Krediten aus der Zeit des Saddam Regimes zurück weisen und eine rechtliche Überprüfung der Anwendung der Odious Debts-Doktrin anordnen. Ein Schritt, welcher in der Folge auch anderen Nachfolgeregierungen von Ex-Diktaturen die Möglichkeit zur Verweigerung der Schuldentrückzahlung ermöglichen würde. In einem von mehreren afrikanischen NGO unterzeichneten öffentlichen Brief an Präsident Bush, wird dieser denn auch angefragt, ob er in der Folge der Schuldenstreichung im Irak bereit sei, die Forderungen eines bedingungslosen Schuldenerlasses in Afrika zu unterstützen.

[www.odiousdebts.org](http://www.odiousdebts.org)